

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: **Vielfalt und Qualität in den Medien und ein freies Internet**

3829 **Antragstext**

3830 Information und Meinungsbildung über unabhängige und freie Medien sind
3831 eine Grundlage unserer Demokratie. Wir setzen uns für ein offenes,
3832 freiheitliches Internet und eine vielfältige Medienlandschaft für alle
3833 Menschen in Sachsen ein. Das betrifft alle Politikfelder vom
3834 Breitbandausbau bis zum Urheberrecht.

3835 **Zukunftsfähige und auftragsgerechte öffentlich-rechtliche Medien**
3836 Wir stehen zur Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-
3837 rechtlichen Rundfunks in Deutschland und zur solidarischen
3838 Finanzierung durch alle, die sich dies leisten können. Gleichwohl
3839 erwarten wir von öffentlich-rechtlichen Anstalten eine qualitative
3840 Weiterentwicklung. Wesentlich dafür sind der verantwortungsvolle und
3841 transparente Umgang mit finanziellen Ressourcen und moderne Prüfungs-
3842 und Kontrollstrukturen. Wir legen Wert darauf, dass der MDR im Rahmen
3843 seines Grundversorgungsauftrages möglichst viele Menschen mit
3844 Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsangeboten zu erreichen
3845 versucht, sich aber im Zweifelsfall für Qualität statt Quote
3846 entscheidet. Wir begrüßen einen deutlichen Ausbau der Barrierefreiheit
3847 beim MDR. Außerdem unterstützen wir die Anstrengungen, ansprechende
3848 Angebote für Jugendliche im Verbund mit anderen Länderanstalten zu
3849 entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass die von der Allgemeinheit
3850 bezahlten Inhalte von ARD und ZDF auf Webseiten und in Mediatheken
3851 ohne Zeitbeschränkung und barrierefrei verfügbar sind. Die
3852 Möglichkeiten zur Nutzung und Weiterentwicklung der Inhalte sollen im
3853 Rahmen von Creative-Commons-Lizenzen ausgebaut und Urheberinnen und

3854 Urheber dafür angemessen beteiligt werden.
3855 Die Zusammensetzung des Rundfunkrates als gesellschaftliches
3856 Kontrollgremium des MDR soll die Vielfalt unserer Gesellschaft
3857 widerspiegeln und beispielsweise auch Menschen mit Behinderungen,
3858 Lesben und Schwule, Migrantinnen und Migranten repräsentieren. Der
3859 Rundfunkrat soll noch staatsferner und geschlechterparitätisch besetzt
3860 werden. Insbesondere ist sicherzustellen, dass
3861 RegierungsvertreterInnen keinen direkten Einfluss auf die
3862 Konstituierung des Rundfunkrats haben. Wir wollen das Gremium durch
3863 Fortbildung und Expertenwissen in seiner Durchsetzungskraft stärken.
3864 Gegenüber den anderen Bundesländern soll Sachsen sich bei der
3865 Weiterentwicklung des Medienstaatsvertrages dafür einsetzen, dass eine
3866 wirkliche Transparenz bei den Produktions- und Verwaltungskosten in
3867 den öffentlich-rechtlichen Anstalten geschaffen wird. Mehreinnahmen
3868 aus dem Rundfunkbeitrag sollen zum Abbau von Werbung im öffentlich-
3869 rechtlichen Rundfunk genutzt werden.

3870 **Nicht-kommerzielle Bürgermedien stärken**

3871 Bürgerradios sind eine wichtige Ergänzung der sächsischen
3872 Medienlandschaft jenseits des MDR und der kommerziellen Anbieter. Wir
3873 wollen ein sicheres finanzielles Fundament der Freien Radios
3874 gesetzlich verankern. Um eine breite zivilgesellschaftliche
3875 Beteiligung an Diskursen in lokalen Öffentlichkeiten zu ermöglichen,
3876 wollen wir weitere nichtkommerzielle medienübergreifende
3877 Medieninitiativen stärken. Insbesondere sind dabei auch das Leitmedium
3878 Fernsehen und Online-Angebote zu berücksichtigen.

3879 **Ein IT-Konzept für den Freistaat Sachsen**

3880 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Einführung eines sächsischen
3881 IT-Konzepts ein. Dieses Konzept muss unter anderem die Einführung und
3882 Verwendung energiesparender Hardware (Green-IT), Nutzung von
3883 Verschlüsselungstechnologien für die Kommunikation innerhalb von und
3884 mit öffentlichen Behörden und die Verwendung offener Software geregelt
3885 werden. Aus Datenschutz- und Sicherheitsgründen dürfen Server mit
3886 Datenbanken für sensible, personenbezogene Informationen ihren
3887 Standort nur innerhalb der EU bzw. sollen ihn bevorzugt in Sachsen
3888 haben.

3889 **Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien**

3890 Die Entscheidungskompetenzen der Versammlung der Landesanstalt für
3891 privaten Rundfunk und neue Medien wollen wir über die bestehenden
3892 Beratungs- und Initiativrechte hinaus deutlich ausbauen, damit die
3893 Mitbestimmung durch gesellschaftlich relevante Gruppen verbessert
3894 wird. Den Auftrag der Landesanstalt wollen wir mit Blick auf den
3895 digitalen Wandel der Medienlandschaften weiterentwickeln.

3896 **Wirkungsvoller, verhältnismäßiger und zukunftsfähiger Kinder- und**

3897 **Jugendmedienschutz**

3898 Der Schutz Heranwachsender vor beeinträchtigenden Medieneinflüssen,
3899 beispielsweise dem Verlust der Privatsphäre oder Cybermobbing, aber
3900 auch vor gewaltverherrlichenden und rassistischen Inhalten, liegt auch
3901 in der Verantwortung von Staat und Medienanbietern. Eltern dürfen in
3902 der sich rasant entwickelnden Medienwelt nicht alleingelassen werden
3903 und brauchen Orientierung bei der Medienerziehung. Wirkungsvoll sind
3904 Maßnahmen nur, wenn sie eine selbstbestimmte Nutzung nicht verhindern
3905 und von den technischen Realitäten ausgehen. Wir wollen keine
3906 Symbolpolitik, die sich auf Konzepte aus der Rundfunkära verlässt. So
3907 sind Zeitbeschränkungen im globalen Internet keine Lösung. Filter
3908 werden von Jugendlichen leicht umgangen. Viele Inhalte des privaten
3909 Austauschs in sozialen und mobilen Medien lassen sich ohnehin nicht
3910 filtern. Ein verhältnismäßiger Schutz berücksichtigt die Meinungs- und
3911 Informationsfreiheit im Netz. Wir GRÜNEN lehnen weitreichende
3912 Eingriffe wie verpflichtende Filterung von Inhalten im Internet ab,
3913 wie sie im gescheiterten Jugendmedienschutzstaatsvertrag vorgesehen
3914 waren. Der beste Kinder- und Jugendmedienschutz ist eine umfassend
3915 verankerte gesellschaftliche Querschnittsaufgabe Medienbildung. Der
3916 geltende Jugendmedienschutzstaatsvertrag muss weiterentwickelt und
3917 zukunftsfähig gemacht werden. Wir unterstützen ein transparentes
3918 Verfahren, in dem nicht in den Hinterzimmern der Staatskanzleien,
3919 sondern mit allen beteiligten Gruppen aus Zivilgesellschaft,
3920 Wissenschaft, Wirtschaft und Politik tragfähige Regelungen erarbeitet
3921 werden.

3922 **Medienkompetenz als alltägliche Bildungsaufgabe verankern**

3923 Für uns ist Medienkompetenz eine Schlüsselqualifikation zur
3924 selbstbestimmten Lebensgestaltung, für berufliche, gesellschaftliche
3925 und kulturelle Teilhabe und politische Mitbestimmung. Auch die
3926 kritische Auseinandersetzung mit Medien und soziale Verantwortung sind
3927 Bestandteile von Medienkompetenz. Medienkompetente Menschen brauchen
3928 keine Verbote von Medien. Wir wollen erreichen, dass ein Masterplan
3929 Medienkompetenz als ressortübergreifendes Gesamtkonzept für Sachsen
3930 aufgestellt und ein Medienkompetenzzentrum Sachsen eingerichtet wird.
3931 Wir wollen in der LehrerInnenausbildung an sächsischen Hochschulen
3932 eine ausreichende medienpädagogische Grundbildung verankern und
3933 Schulen und LehrerInnen im aktiven Dienst bei der Fortbildung, der
3934 Entwicklung medienpädagogischer Konzepte und der Kooperationen mit
3935 externen Partnern besser unterstützen. Beratungsangebote für Eltern
3936 sind auszubauen. Öffentliche Bibliotheken wollen wir zu modernen
3937 Bildungs- und Kommunikationsorten weiterentwickeln.

3938 **Freifunk fördern**

3939 Die Initiative "Freifunk" hat sich der Entwicklung und Förderung von
3940 offenen WLAN-Netzen verschrieben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
3941 unterstützen Freifunk als wichtige zivilgesellschaftliche Initiative.

3942 Wir fordern die Unterstützung von Freifunk in den Kommunen, personelle
3943 und politische Unterstützung für lokale Freifunk-Projekte und
3944 Nutzungsmöglichkeiten für ungenutzte Netz-Infrastrukturen. Kommunale
3945 Open-Government-Angebote sollen auch im jeweils lokalen Freifunk-Netz
3946 verfügbar sein. Das Recht auf politische Mitgestaltung, gerade bei der
3947 Informationsverwaltung und beim Informationszugang, muss in Sachsen
3948 Verfassungsrang haben. Digitales Bürgerengagement in Freifunknetzen
3949 braucht außerdem klare gesetzliche Rahmenbedingungen. Offene
3950 zivilgesellschaftliche Netze brauchen ein Haftungsprivileg, das
3951 ständig drohende Abmahnungen verhindert. Auch bei Frequenzplanung,
3952 Frequenzvergabe und Telekommunikationsregulierung sollen die
3953 Bedürfnisse offener, dezentraler Netze berücksichtigt werden.

3954 **Zensur-Infrastruktur verhindern!**

3955 Wie wollen Regelungen zu verhindern, die die Informations- und
3956 Kommunikationsfreiheit im Internet einschränken. Insbesondere soll der
3957 Freistaat Sachsen seine Zustimmung zu Staatsverträgen (Jugendmedien-,
3958 Glücksspielstaatsvertrag) davon abhängig machen, dass die
3959 Verpflichtung zu Altersverifikationssystemen für Anbieter und
3960 UrheberInnen von Beiträgen in den Bereichen Blogs,
3961 Kommentarfunktionen, Soziale Netzwerke, Microblogging und weiterer
3962 Plattformen für nutzergenerierte Inhalte (User Generated Content)
3963 entfällt und die Verpflichtung zu einer Kennzeichnung von Internet-
3964 Angeboten, die geeignet wären, automatische Filterungen zu
3965 ermöglichen, ausgeschlossen bleiben.